

Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Mannfred Pointner, Markus Reichhart, Tanja Schweiger, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Versprechen einhalten: Hausarztverträge sichern!

Der Landtag wolle beschließen:

Wie bekannt haben die Vertragspartner nach dem Hausärzte-Hearing am 14. Januar 2011 neue Verhandlungen aufgenommen. Im Rahmen dieser Anhörung im Landtag forderte Staatsminister Dr. Markus Söder die Beteiligten auf, über die Fortsetzung der Hausarztverträge zu verhandeln und die Verträge in Anlehnung an das alte Modell abzuschließen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, daraufhin zu wirken, dass die Hausarztverträge fortgeführt werden. Zudem muss die Staatsregierung ihrer Funktion als Moderator nachkommen, um die Interessen der Patientinnen und Patienten zu schützen.

Dem Ausschuss für Umwelt und Gesundheit ist über die Maßnahmen des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit umgehend mündlich und schriftlich zu berichten.

Begründung:

Ende letzten Jahres wurden von einigen Krankenkassen die Hausarztverträge fristlos gekündigt. Das Vorgehen und besonders der Umgang der Krankenkassen mit den Versicherten in diesem Zusammenhang, vornehmlich der AOK, löste heftige Kritik aus. Der Widerstand gegen die Kündigung des Hausarzttarifs in der Bevölkerung ist groß. Ein Großteil der Patientinnen und Patienten hat sich dafür ausgesprochen, das Modell der hausarztzentrierten Versorgung fortzuführen. Auch Staatsminister Dr. Söder lobte dieses als eine „Erfolgsgeschichte“ (siehe Protokoll des Hausärztehearings vom 14. Januar 2011, S. 5).

Des Weiteren erklärte er, dass es rechtlich eindeutig sei, dass die Verträge bis 2014 fortzusetzen sind. Explizit sprach er in diesem Zusammenhang von „Fortsetzung“ und nicht dem Abschluss neuer Verträge nach neuem Recht. Der BHÄV hat bereits mit der LKK einen entsprechenden Vertrag rückwirkend zum 1. Januar 2011 abgeschlossen, außerdem mit den Betriebskrankenkassen eine Interimsvereinbarung.

Die hausarztzentrierte Versorgung ist ein wichtiges Element, um die Versorgung der Patientinnen und Patienten, vor allem auch im ländlichen Raum zu sichern. Der Streit darf nicht auf dem Rücken der Versicherten ausgetragen werden. Herr Staatsminister Dr. Söder muss seine Versprechungen einlösen, moderierend in die Vertragsverhandlungen eingreifen und sich für eine Fortsetzung der Verträge nach „altem“ Recht einsetzen. Dies hat er öffentlich mehrfach angekündigt.